

II- 3361 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1583/J

1991-09-17

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Dr. Keppelmüller, DDr. Niederwieser,
Strobl, Mag. Guggenberger
und Genossen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend die Tätigkeit von "ArgeV-Firmen"

Die ArgeV - eine Vereinigung von dzt. 108 Unternehmen zur Erreichung der von der Getränkeverpackungsverordnung vorgegebenen Zielen hat - so ihr Prospekt - "die Garantie für die umweltgerechte Wiederverwertung der gesammelten Verpackungen übernommen". Dieser Erklärung ungeachtet hat vor kurzem eine "ArgeV-Firma" in der Innsbrucker Mülldeponie Ahrntal fast 3.000 kg PET-Flaschen (gepreßt und ungepreßt) abgelagert. Dies kurze Zeit nach offizieller Aufnahme der Tätigkeit der ArgeV. Der "PET-Skandal" wurde vom Umweltstadtrat der Landeshauptstadt Innsbruck dem Umweltressort zur Anzeige gebracht.

Angesichts dieser "Verwertungspraxis" stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie die folgende

A n f r a g e :

1. Welche juristischen Möglichkeiten haben Sie, um die Einhaltung der "Zielverordnung" durch ein "privatwirtschaftliches Instrument" zu erzwingen?
2. Welche Maßnahmen werden Sie gegen die o.a. ArgeV-Firma setzen?
3. Wurden das ArgeV-Kontrollorgan und der Beirat vom Ahrntal-Skandal informiert - welche Maßnahmen wurden beantragt?
4. Wann wird die ArgeV mit österreichischen Unternehmen ein eigenes PET-Flaschen-Recycling aufgebaut haben?